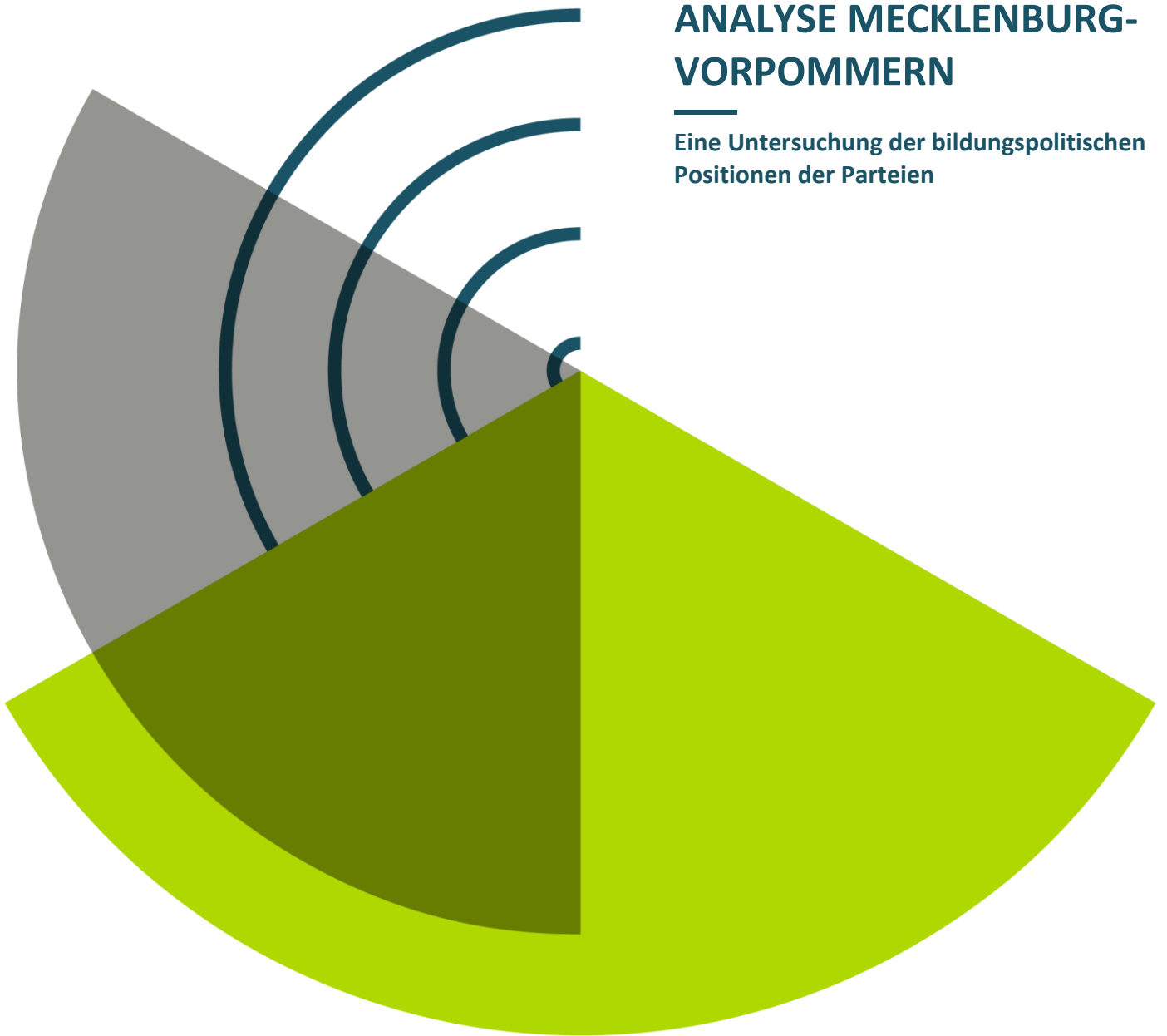




STIFTERVERBAND

WAHLPROGRAMM- ANALYSE MECKLENBURG- VORPOMMERN

Eine Untersuchung der bildungspolitischen
Positionen der Parteien



EXECUTIVE SUMMARY

Mit der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 20. September 2026 werden wichtige bildungspolitische Weichen für die kommenden Jahre gestellt. Angesichts eines anhaltenden Lehrkräftemangels, hoher Schwundquoten im Lehramtsstudium und rückläufiger Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern zählen die Sicherung der Unterrichtsversorgung und die gezielte Förderung von Bildungspotenzialen zu den zentralen Herausforderungen der kommenden Legislaturperiode. Die vorliegende Analyse untersucht die Positionen der Parteien zu zwei zentralen Handlungsfeldern: der Gewinnung und Qualifizierung von Lehrkräften sowie der Stärkung schulisch-außerschulischer Kooperationen.

Aus Sicht des Stifterverbandes sollte die künftige Landesregierung die Sicherung des Lehrkräftebedarfs zur bildungspolitischen Priorität machen. Ein zentraler Hebel liegt dabei in der Verringerung des Schwunds in der Lehrkräftebildung: Neben Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität und Praxisnähe des Studiums braucht es daher Strategien, um angehende Lehrkräfte entlang der gesamten Ausbildungskette erfolgreich bis in den Beruf zu begleiten. Ergänzend sollten qualitätsgesicherte Quer- und Seiteneinstiegswege weiterentwickelt und zusätzliche Zielgruppen für den Lehrkräfteberuf erschlossen werden. Gleichzeitig sollten schulisch-außerschulische Kooperationen strategisch gestärkt und außerschulische Bildungsangebote stärker für die Förderung von Basiskompetenzen, MINT-Kompetenzen und Zukunftskompetenzen genutzt werden.

Die Analyse zeigt, dass die Parteien den Lehrkräftemangel als zentrale Herausforderung anerkennen. Die Debatte konzentriert sich jedoch vor allem auf die jüngsten Reformen der Lehrkräftebildung und eine stärkere Praxisorientierung des Studiums. Obwohl nahezu die Hälfte der Lehramtsstudierenden auf dem Weg in den Beruf verloren geht, wird die Reduktion dieser Schwundquote in den Wahlprogrammen nur punktuell adressiert. Auch Konzepte zur nachhaltigen Erschließung zusätzlicher Zielgruppen für den Lehrberuf sowie zur langfristigen und qualitätsgesicherten Weiterentwicklung von Quer- und Seiteneinstiegsmodellen werden wenig adressiert.

Die Bedeutung schulisch-außerschulischer Kooperationen wird von den Parteien grundsätzlich erkannt. Die Wahlprogramme greifen insbesondere Aspekte der Berufsorientierung, der MINT-Förderung, des Ganztags sowie die Zusammenarbeit mit Unternehmen, Hochschulen und weiteren Bildungsakteuren auf. Dennoch fehlt in allen Programmen eine übergreifende Strategie mit klaren Zielen, Qualitätsstandards und Unterstützungsstrukturen. Zudem werden die Potenziale außerschulischer Bildungsangebote zur Förderung von Basiskompetenzen, MINT-Kompetenzen sowie sozial-emotionalen und überfachlichen Kompetenzen nicht systematisch genutzt. Auch wirksame Förderformate wie Schülerwettbewerbe und Schülerakademien spielen nur eine untergeordnete Rolle.

Insgesamt macht die Analyse deutlich, dass die Herausforderungen des Bildungssystems parteiübergreifend erkannt werden. Umfassende Konzepte für eine nachhaltige Verringerung der Lehrkräftelücke und den strategischen Ausbau schulisch-außerschulischer Kooperationen als Bestandteil eines leistungsfähigen und chancengerechten Bildungssystems bleiben jedoch weitgehend aus.

1. EINLEITUNG

Deutschland braucht ein Bildungssystem, in dem alle Jugendlichen – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sozialem Hintergrund – ihr volles Potenzial entfalten und in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft einbringen können. Unser Ziel muss es sein, junge Menschen bestmöglich auf eine Welt vorzubereiten, in der das einzig Beständige die Veränderung ist. Allerdings steht das Bildungssystem unter erheblichem Druck: Lehrkräftemangel, wachsende Bildungsungleichheiten und sinkende Bildungsleistungen gefährden die Zukunftschancen junger Menschen und die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft. Die anstehende Landtagswahl ist daher auch eine bildungspolitische Richtungsentscheidung darüber, wie die Zukunftsfähigkeit des Bildungssystems in Mecklenburg-Vorpommern gesichert werden kann.

Vor diesem Hintergrund hat der Stifterverband die bildungspolitischen Positionen in den Wahlprogrammen der politischen Parteien analysiert. Die Untersuchung orientiert sich an den Zielen der [Zukunftsmission Bildung](#) des Stifterverbandes, die die Stärkung von Chancengerechtigkeit, Bildungsqualität und Innovationsfähigkeit im Bildungssystem in den Mittelpunkt stellt, und konzentriert sich auf zwei, aus Sicht des Stifterverbandes, besonders relevante Herausforderungen: die Gewinnung und Qualifizierung von Lehrkräften sowie die Förderung systematischer schulisch-außerschulischer Kooperationen. Ziel der Analyse ist es, die bildungspolitischen Konzepte der Parteien entlang dieser Themenfelder vergleichend einzuordnen.

Die Analyse umfasst die Wahlprogramme aller Parteien, die derzeit im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern oder im Deutschen Bundestag vertreten sind, darunter auch die AfD. Im Bund und in verschiedenen Bundesländern wird die Partei als rechtsextremistischer Verdachtsfall oder als gesichert rechtsextremistisch geführt, da Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung vorliegen. Dennoch hat sich der Stifterverband für die Einbeziehung des Wahlprogramms der AfD in die Analyse entschieden und deren bildungspolitische Positionen nach denselben Kriterien analysiert. Der Stifterverband möchte damit zu einer differenzierten und sachorientierten Auseinandersetzung und Transparenz beitragen.

2. LEHRKRÄFTEBILDUNG

Gut qualifizierte Lehrkräfte sind eine der zentralen Voraussetzungen für ein erfolgreiches Bildungssystem. Nur wenn diese in hinreichender Zahl vorhanden sind und bedarfsgerecht qualifiziert werden, kann das Bildungssystem seinen Beitrag zur Bewältigung aktueller und zukünftiger Aufgaben leisten und Teilhabe und Erfüllung von Lebensplänen junger Menschen realisieren. Daher adressiert die [Allianz für Lehrkräfte](#) in der [Zukunftsmission Bildung](#) den Mangel an Lehrkräften und hat sich zum Ziel gesetzt, die bis zum Jahr 2030 prognostizierte Lücke von deutschlandweit bis zu 68.000 Lehrkräften zu halbieren.

Der Einstellungsbedarf in Mecklenburg-Vorpommern liegt für den Zeitraum 2027 bis 2035 gemäß der [KMK-Modellrechnung zum Lehrkräfteeinstellungsbedarf und -angebot](#) bei voraussichtlich insgesamt 6.360 Personen (ausgenommen sind hier die sonderpädagogischen Lehrämter sowie die Lehrkräfte für Fachpraxis). Das verfügbare Angebot wird sich demgegenüber wohl auf rund 3.845 Lehrkräfte belaufen. Dies entspricht über alle Lehrämter hinweg einer Deckungslücke von ca. 40 Prozent.

In den Jahren 2020 bis 2024 nahmen in Mecklenburg-Vorpommern im Durchschnitt jährlich 890 Studierende ein Lehramtsstudium auf.¹ Im selben Zeitraum beendeten im Durchschnitt pro Jahr nur 480 Studierende ihr Studium, was einer Schwundquote im Studium von mehr als 45 Prozent entspricht. Absolventinnen und Absolventen des Referendariats deckten weniger als die Hälfte der Neueinstellungen ab. Mehr als ein Drittel der neu eingestellten Lehrkräfte waren Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger.

¹ Exkludiert sind 230 Personen, die jährlich innerhalb des Lehramtsstudiums wechselten (etwa von Lehramt an Integrierten Sekundarschulen und Gymnasium zu Lehramt an Grundschulen), sowie 190 Studierende, die gleichzeitig an einer weiteren Hochschule immatrikuliert waren.

Um den Lehrkräftebedarf in Mecklenburg-Vorpommern auch künftig nachhaltig decken zu können, bieten sich aus Sicht des Stifterverbandes folgende Handlungsoptionen an:

- Maßnahmen zur Reduzierung des Schwunds im Lehramtsstudium und Vorbereitungsdienst priorisieren
- Quer- und Seiteneinstiege qualitativ absichern, insbesondere durch systematische Nachqualifizierung, Begleitung und bessere Karriereperspektiven
- Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) stärker in die Lehrkräftebildung einbeziehen, insbesondere für berufliche Fachrichtungen
- Flexible Ausbildungswege ausbauen, etwa duale und Ein-Fach-Lehramtsstudiengänge, und erfolgreiche Modellprojekte verstetigen.

Die scheidende Landesregierung hat auf den anhalten Lehrkräftemangel und hohe Schwundquoten im Lehramtsstudium mit einem grundlegend reformierten Lehrkräftebildungsgesetz reagiert, das im Juni 2025 in Kraft getreten ist. Einige der vorgenannten Handlungsoptionen werden darin aufgegriffen; beispielsweise werden Quereinstiegsmasterstudiengänge und duale Lehramtsstudiengänge ermöglicht und alternative Zugänge, insbesondere zum Lehramt für die beruflichen Schulen, geschaffen.

Analyse des SPD-Parteiprogramms

Die SPD hat in dieser Legislaturperiode gemeinsam mit der LINKEN im Rahmen der Novellierung des „Gesetzes über die Lehrkräftebildung in Mecklenburg-Vorpommern“ das Stufenlehramt eingeführt, das ab dem Wintersemester 2026/27 die bisherige Teilung in ein Lehramt für Gymnasien und ein Lehramt für Regionale Schulen ablöst und flexiblere Einsatzmöglichkeiten für die ausgebildeten Lehrkräfte schafft. An diesem Modell will die SPD festhalten und um eine anschlussfähige Gestaltung des Referendariats ergänzen. Die SPD sieht den Quer- und Seiteneinstieg als Ergänzungsweg neben der regulären Lehramtsausbildung. Diese Einordnung entspricht grundsätzlich der Perspektive des Stifterverbandes.

Konkrete Aussagen zur Weiterentwicklung der Lehrkräfteausbildung hinsichtlich des Ein-Fach-Lehramts oder HAW-Beteiligung finden sich im Wahlprogramm demgegenüber nicht. Auch das Duale Lehramtsstudium wird im Wahlprogramm nicht aufgegriffen, allerdings wurde mit der oben genannten Gesetzesänderung eine Rechtsgrundlage für die Einführung geschaffen.

Analyse des DIE LINKE-Parteiprogramms

Die LINKE ist als Koalitionspartner der amtierenden Landesregierung wesentlich für die Reform des Lehrkräftebildungsgesetzes mit verantwortlich. In ihrem Wahlprogramm befürwortet sie explizit die eingeleitete Reform des Stufenlehramtes sowie die Möglichkeiten zur Eröffnung zusätzlicher Zugangswege. Darüber hinaus fordert sie ein „300-Millionen-Euro Bildungspaket“, mit dem unter anderem das Personal an den Schulen gestärkt werden soll. Neben multiprofessionellen Fachkräften sollen 950 zusätzliche Lehrkräftestellen geschaffen und die Arbeits- und Rahmenbedingungen an Schulen verbessert werden. Wie diese Stellen angesichts fehlender Lehrkräfte besetzt werden sollen, bleibt jedoch offen.

Konkrete Aussagen zur Weiterentwicklung der Lehrkräfteausbildung mit Bezug zum Thema Ein-Fach-Lehramt, HAW-Beteiligung oder auch Quer- und Seiteneinstieg finden sich im Wahlprogramm nicht.

Analyse des AfD-Parteiprogramms

Die AfD spricht sich dezidiert gegen die unter der amtierenden Landesregierung auf den Weg gebrachten Reformen aus und tritt für den Erhalt beziehungsweise die Wiedereinführung getrennter Lehrämter ein. Sie plädiert für die Gründung einer pädagogischen Hochschule aus, an der die Lehrkräftebildung angesiedelt und praxisorientiert gestaltet werden soll – ohne diesen Vorschlag jedoch zu konkretisieren beziehungsweise die Finanzierbarkeit darzulegen. Darüber hinaus soll dem Lehrkräftemangel durch „Rückführung vorhandener Lehrkräfte in den Unterricht“ begegnet werden. Alternative Wege ins Lehramt wie ein Quer- oder Seiteneinstieg sieht sie lediglich als kurzfristige Notfalloption. Themen wie das Ein-Fach-Lehramt oder die

Einbindung von HAW werden im Wahlprogramm nicht erwähnt. Nur für Berufsschullehrkräfte soll der Bewerberkreis (auf Handwerks- und Industriemeister) ausgeweitet werden.

Insgesamt liefert die AfD in ihrem Wahlprogramm keine zielführenden Maßnahmen, um den Lehrkräftebedarf kurz-, mittel- und langfristig zu decken.

Analyse des CDU-Parteiprogramms

In ihrem Wahlprogramm unterscheidet die CDU zwischen kurzfristigen Maßnahmen zur akuten Milderung des Lehrkräftemangels und strukturellen Maßnahmen. Kurzfristig soll die Unterrichtsversorgung durch eine Rückkehr von Lehrkräften im Ruhestand und eine Erleichterung des Quer- und Seiteneinstiegs gewährleistet werden.

Die CDU plädiert für die Erprobung des „dualen Lehramts“ im Rahmen eines Modellstudiengangs. Auch in den bestehenden Lehramtsstudiengängen sollen Praxisphasen ab dem ersten Semester eingeführt werden. Das unter der amtierenden Landesregierung eingeführte Stufenlehramt möchte die CDU rückabwickeln und setzt stattdessen auf Lehramtsstudiengänge, die nach Schulformen differenzieren. Ein-Fach-Lehrkräfte oder die Einbindung von HAWs in die Lehrkräftebildung werden nicht adressiert. Wie auf Dauer der Lehrkräftebedarf in Mecklenburg-Vorpommern sichergestellt werden soll, bleibt offen.

Analyse des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Parteiprogramms

Im Wahlprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN finden sich wenig konkrete Vorschläge zur Weiterentwicklung der Lehrkräftebildung. Die Zahl der Lehramtsabsolventinnen und -absolventen soll gezielt erhöht werden, damit wieder „alle offenen Stellen“ durch vollständig ausgebildete Lehrkräfte besetzt werden können – wie dies allerdings geleistet werden soll, bleibt offen. Strukturelle Maßnahmen zur Gewinnung zusätzlicher Zielgruppen, wie ein Duales Studium, Ein-Fach-Lehrkräfte oder die Einbindung von HAWs, bleiben unerwähnt – genauso wie der Quer- und Seiteneinstieg. Allerdings adressieren die GRÜNEN als einzige Partei den Schwund: Eine praxisnähere Gestaltung des Studiums und eine verbesserte Betreuung im Vorbereitungsdienst sollen dabei helfen, die Abbruchquoten zu verringern. Begrüßenswert ist außerdem das geplante Stipendienprogramm für Lehramtsstudierende in Mangelfächern.

Analyse des FDP-Parteiprogramms

Die FDP fokussiert in ihrem Wahlprogramm auf eine Stärkung der Lehramtsausbildung in den MINT-Fächern (gezielte Investitionen, bessere Studienbedingungen). Daneben plädiert sie für eine stärkere Praxisorientierung durch verbindliche und ausgeweitete Praxisphasen und die Schaffung von „Grundlagen für ein duales Lehramtsstudium“ als weitere Maßnahmen für die Lehrkräftebildung. Wie sie gegen den Lehrkräftemangel vorgehen will und welche strukturellen Reformen sie für erforderlich hält, bleibt offen. Keine der Möglichkeiten, um Zugänge zum Lehramt für weitere Zielgruppen zu öffnen und die Ausbildung zu flexibilisieren, beispielsweise der Quer- und Seiteneinstieg, die HAW-Einbindung oder Ein-Fach-Lehrkräfte, wird im Wahlprogramm aufgegriffen.

3. BEREICH SCHULISCHE UND AUSSERSCHULISCHE POTENZIALFÖRDERUNG

Immer schneller voranschreitende globale, gesellschaftliche und technische Veränderungen erfordern neue Kompetenzen. Diese Entwicklungen treffen uns alle – und insbesondere Jugendliche, denen sich in der Phase der (beruflichen) Orientierung und der persönlichen Entwicklung entsprechende Herausforderungen ganz besonders stellen. Sie sind gefordert, sich in einer immer komplexeren Welt zurechtzufinden und Kompetenzen zu entwickeln, die sie in einer vielfach noch unklaren Zukunft handlungsfähig machen. Allerdings zeigen aktuelle Studien (IQB-Bildungstrend, 2024; Schulbarometer, 2025) sinkende Kompetenzen in Mathematik und den Naturwissenschaften, geringes schulisches Wohlbefinden und damit sinkende Lernbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen.

Schule ist ein zentraler, herausgehobener Bildungsort, weil sie als einzige Institution alle Kinder und Jugendlichen erreicht. Sie kann – und muss – die große Aufgabe, jedem Kind individuell den entsprechenden Kompetenzerwerb zu ermöglichen, jedoch nicht allein erfüllen. Bereits heute stellen auch Stiftungen, Vereine, Unternehmen und weitere Akteure aus dem Sozialraum der Schule vielfältige außerschulische Bildungsangebote bereit. Dazu gehören Schülerwettbewerbe, Sommerakademien, Lernlabore, Unterstützungsinitiativen zum Lesen, Rechnen und Schreiben, fachliches und soziales Mentoring, Prüfungsvorbereitungen oder Berufsorientierungsangebote. Bislang hängt die Zusammenarbeit jedoch häufig vom Engagement einzelner Lehrkräfte ab und ist nur selten institutionell verankert. Um Kompetenzdefizite abzubauen, Bildungspotenziale besser zu fördern und das Leistungsniveau nachhaltig zu steigern, braucht es systematisch verankerte Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Bildungsakteuren.

Die Allianz für Schule Plus in der Zukunftsmission Bildung versteht schulisch-außerschulische Kooperationen als zentralen Baustein eines gerechten und leistungsfähigen Bildungssystems. Ziel ist es, tragfähige Rahmenbedingungen für Kooperationen von Schulen und außerschulischen Akteuren an allen Schulformen zu erarbeiten.

Folgende Handlungsoptionen bieten sich dafür an:

- Landesweite Strategie entwickeln: Eine ressortübergreifende Strategie zum Ausbau schulisch-außerschulischer Kooperationen sollte Ziele, Qualitätsstandards, Zuständigkeiten und Unterstützungsstrukturen definieren.
- Ganztags als Entwicklungsraum nutzen: Der hohe Ausbaustand des Ganztags sollte genutzt werden, um qualitativ hochwertige außerschulische Bildungsangebote stärker in den Schulalltag zu integrieren und individuelle Förderung auszubauen.
- Teilnahme an Enrichment-Programmen erhöhen: Schulen sollten gezielt dabei unterstützt werden, Schülerinnen und Schüler für außerschulische Förderprojekte zu gewinnen, beispielsweise durch Information, Vernetzung und koordinierende Ansprechpersonen.
- Rechtliche Rahmenbedingungen weiterentwickeln: Die Bedeutung schulisch-außerschulischer Kooperationen könnte durch eine stärkere gesetzliche Verankerung und die Bündelung bestehender Regelungen sichtbarer und verbindlicher gemacht werden.

Analyse des SPD-Parteiprogramms

Die SPD misst schulisch-außerschulischen Kooperationen eine hohe Bedeutung bei und setzt sich an mehreren Stellen für deren Ausbau ein. Positiv hervorzuheben sind die Weiterentwicklung des Ganztags und die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Hort, wodurch sich die Voraussetzungen für eine nachhaltige Verzahnung schulischer und außerschulischer Bildungsangebote verbessern. Besonders hervorzuheben ist zudem, dass die Ganztagsfinanzierung Trägern kultureller, sozialer und sportlicher Angebote langfristige Planungen ermöglichen und die Kooperation zwischen Schulträgern sowie der Kinder- und Jugendhilfe ausgebaut werden soll. Die Förderung multiprofessioneller Teams, die konsequente Ausrichtung auf individuelle Förderung sowie die Unterstützung von Bildungscampus-Modellen schaffen weitere gute Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Zusammenarbeit mit außerschulischen Bildungsakteuren. Darüber hinaus stärken der Ausbau der Landeszentrale für politische Bildung und von Gedenkstättenbesuchen Kooperationen in der Demokratiebildung sowie die Förderung europäischer Austauschprogramme schulisch-außerschulische Lerngelegenheiten.

Insgesamt bleibt das Wahlprogramm jedoch hinter den Potenzialen schulisch-außerschulischer Kooperationen zurück. Zwar werden Kooperationen im Ganztags und in der Demokratiebildung deutlich gestärkt, es fehlt jedoch eine ressortübergreifende Gesamtstrategie mit klaren Zielen, Qualitätsstandards, Zuständigkeiten und Unterstützungsstrukturen für schulisch-außerschulische Kooperationen. Die Potenziale außerschulischer Bildungsakteure für die Förderung von Basiskompetenzen, MINT-Kompetenzen, Berufsorientierung sowie sozial-emotionalen und weiteren überfachlichen Kompetenzen werden nicht explizit berücksichtigt. Insbesondere vor dem Hintergrund der Ergebnisse des IQB-Bildungstrends fehlt eine gezielte Strategie zur stärkeren Nutzung außerschulischer MINT-Angebote. Auch Enrichment-Programme mit nachgewiesener

Wirksamkeit, wie Schülerwettbewerbe und Akademien, werden nicht thematisiert und bleiben damit als Instrumente der individuellen Förderung unberücksichtigt.

Analyse des DIE LINKE-Parteiprogramms

DIE LINKE greift schulisch-außerschulische Kooperationen nur punktuell auf. Positiv hervorzuheben sind die Stärkung multiprofessioneller Teams sowie der Fokus auf individuelle Förderung, wodurch grundsätzlich gute Voraussetzungen für eine stärkere Zusammenarbeit mit außerschulischen Bildungsakteuren geschaffen werden. Konkrete Ansätze finden sich insbesondere im Bereich der Medienbildung: Das medienpädagogische Zentrum soll personell ausgebaut und Medienbildung schulisch und außerschulisch gestärkt werden.

Insgesamt bleibt das Wahlprogramm jedoch sehr deutlich hinter den Potenzialen schulisch-außerschulischer Kooperationen zurück. Ihre Bedeutung wird im Wesentlichen auf den Bereich der Medienbildung beschränkt, während ihr Beitrag zur Förderung von Basiskompetenzen, MINT-Kompetenzen, Berufsorientierung, Demokratiebildung sowie sozial-emotionalen und weiteren überfachlichen Kompetenzen nicht berücksichtigt wird. Zudem fehlt eine ressortübergreifende Gesamtstrategie mit klaren Zielen, Qualitätsstandards, Zuständigkeiten und Unterstützungsstrukturen für schulisch-außerschulische Kooperationen. Insbesondere vor dem Hintergrund der Ergebnisse des IQB-Bildungstrends fehlt eine Strategie zur stärkeren Nutzung außerschulischer MINT-Angebote. Auch Enrichment-Programme mit nachgewiesener Wirksamkeit, wie Schülerwettbewerbe und Akademien, werden nicht thematisiert und bleiben damit als Instrumente der individuellen Förderung unberücksichtigt.

Analyse des AfD-Parteiprogramms

Das Wahlprogramm der AfD setzt bei schulisch-außerschulischen Kooperationen einen Schwerpunkt auf die MINT-Bildung und die praxisnahe Berufsorientierung. Geplant ist der Aufbau von MINT-Clustern gemeinsam mit IHK und HWK, die „Schülerlabore, Unternehmen, Museen und Hochschulen vor Ort vernetzen“, sowie die Einführung von Praktika in Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Handwerksbetrieben ab der Sekundarstufe I. Inwieweit diese MINT-Cluster systematisch mit Schulen zusammenarbeiten sollen, bleibt offen. Sie schaffen jedoch grundsätzlich eine gute Ausgangsbasis für den Ausbau schulisch-außerschulischer MINT-Kooperationen.

Im Bereich der Demokratiebildung sieht das Wahlprogramm hingegen einen Rückbau bestehender Kooperationen vor. Die AfD kritisiert, dass in diesem Bereich zu viel Geld in „Projekten dubioser Kooperationspartner“ an Schulen „versickert“, möchte stattdessen Lehrkräfte stärker in den Mittelpunkt stellen und deutet an, die freiwerdenden Mittel für Investitionen in Gebäude und technische Ausstattung einzusetzen. Diese Argumentation knüpft an zentrale Narrative der AfD und ihr Demokratieverständnis an.

Die Potenziale außerschulischer Bildungsangebote für die Förderung von Basiskompetenzen, sozial-emotionalen und weiteren überfachlichen Kompetenzen bleiben unberücksichtigt. Schülerwettbewerbe werden zwar positiv bewertet, konkrete Maßnahmen zur Erhöhung der bislang niedrigen Teilnahme in Mecklenburg-Vorpommern, ebenso wie zur stärkeren Nutzung weiterer Enrichment-Programme wie Schülerakademien fehlen jedoch. Insgesamt enthält das Wahlprogramm keine ressortübergreifende Strategie mit klaren Zielen, Qualitätsstandards und Unterstützungsstrukturen für schulisch-außerschulische Kooperationen. Angesichts der Ergebnisse des IQB-Bildungstrends wäre insbesondere eine systematische Strategie zur stärkeren Nutzung außerschulischer MINT-Angebote erforderlich. Da der Ganztag im Wahlprogramm keine Berücksichtigung findet, bleibt zudem ein zentraler Entwicklungsraum für die nachhaltige Einbindung außerschulischer Bildungsangebote und die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern ungenutzt.

Analyse des CDU-Parteiprogramms

Die CDU misst schulisch-außerschulischen Kooperationen eine hohe Bedeutung bei und greift sie in mehreren Kompetenzfeldern auf. Positiv hervorzuheben sind die Förderung von Schülerlaboren, Wettbewerben und Projekten in Zusammenarbeit mit Unternehmen, Verbänden, Stiftungen und Hochschulen zur Stärkung der MINT-Bildung sowie die Intensivierung der Berufsorientierung durch mehr Praktika, außerunterrichtliche Projekte mit regionalen Betrieben und eine stärkere Kooperation von Berufsschulen mit Unternehmen

und Kammern. Auch die Zusammenarbeit mit Hochschulen zur Studienorientierung, die Einbindung von Gedenkstätten in der Demokratiebildung, der Ausbau multiprofessioneller Teams sowie die Weiterentwicklung von Ganztagsangeboten und ergänzenden Förderangeboten in den Basiskompetenzen schaffen gute Voraussetzungen, außerschulische Bildungsangebote stärker im Schulalltag zu verankern und die individuelle Förderung zu stärken.

Insgesamt bleibt das Wahlprogramm dennoch hinter den Potenzialen schulisch-außerschulischer Kooperationen zurück. Zwar werden Kooperationen in den Bereichen MINT, Berufsorientierung, Demokratiebildung und Basiskompetenzen ausdrücklich gestärkt, es fehlt jedoch eine ressortübergreifende Gesamtstrategie mit klaren Zielen, Qualitätsstandards, Zuständigkeiten und Unterstützungsstrukturen für schulisch-außerschulische Kooperationen. Positiv hervorzuheben ist die Förderung von Schülerwettbewerben als Bestandteil der MINT-Bildung. Darüber hinaus bleiben jedoch weitere Enrichment-Programme mit nachgewiesener Wirksamkeit, insbesondere Schülerakademien, ebenso unberücksichtigt wie die Frage, mit welchen strukturellen Maßnahmen die Teilnahme an Wettbewerben und anderen Förderangeboten erhöht werden kann. Die Potenziale außerschulischer Bildungsakteure für die Förderung sozial-emotionaler und weiterer überfachlicher Kompetenzen werden zudem nur teilweise berücksichtigt.

Analyse des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Parteiprogramms

Die GRÜNEN betonen die Bedeutung schulisch-außerschulischer Kooperationen und setzen sich ausdrücklich für deren Ausbau ein. Positiv hervorzuheben sind die systematische Einbindung außerschulischer Lernorte und externer Partner, von Gedenkstätten über Forschungseinrichtungen und Museen bis hin zu Unternehmen, sowie die Stärkung außerschulischer Lernorte der Begabtenförderung. Die Förderung multiprofessioneller Teams und größere Eigenständigkeit der Schulen schaffen zudem gute Voraussetzungen, außerschulische Bildungsangebote bedarfsgerecht und nachhaltig in den Schulalltag zu integrieren. Auch regelmäßige Bildungsfahrten erweitern die Lernmöglichkeiten außerhalb des Unterrichts.

Insgesamt bleibt das Wahlprogramm jedoch hinter den Potenzialen schulisch-außerschulischer Kooperationen zurück. Zwar wird die systematische Einbindung außerschulischer Lernorte ausdrücklich angestrebt, es bleibt jedoch offen, mit welchen Qualitätsstandards, Zuständigkeiten und Unterstützungsstrukturen diese dauerhaft umgesetzt werden soll. Zudem fehlt eine ressortübergreifende Gesamtstrategie für schulisch-außerschulische Kooperationen. Auch die Potenziale außerschulischer Bildungsakteure für die Förderung von MINT-Kompetenzen, Basiskompetenzen, Berufsorientierung, Demokratiebildung sowie sozial-emotionalen und weiteren überfachlichen Kompetenzen werden nur teilweise berücksichtigt. Enrichment-Programme mit nachgewiesener Wirksamkeit, wie Schülerwettbewerbe und Akademien, werden trotz des Fokus auf Begabtenförderung gar nicht thematisiert und bleiben damit als Instrument der individuellen Förderung unberücksichtigt.

Analyse des FDP-Parteiprogramms

Die FDP setzt deutliche Impulse für den Ausbau schulisch-außerschulischer Kooperationen. Schulen werden dabei als Teil regionaler Bildungsnetzwerke verstanden, die durch externe Partner zusätzliche Lernorte, Praxisbezüge, kulturelle Erfahrungen und Berufsorientierung ermöglichen sollen.

Die stärkere Öffnung von Schulen ist positiv zu bewerten. Der Abbau bürokratischer Hürden für schulisch-außerschulische Kooperationen und eine größere Schulautonomie schaffen gute Voraussetzungen, außerschulische Bildungsangebote bedarfsgerecht und nachhaltig in den Schulalltag zu integrieren. Dabei verfolgt die FDP das Ziel, Zugangsbarrieren zu außerschulischen Bildungsangeboten und Lernorten abzubauen und damit Bildungsgerechtigkeit zu stärken. Auch die Zusammenarbeit mit Schulsozialarbeit und Jugendhilfe zur individuellen Förderung, der Ausbau kultureller Kooperationen mit Vereinen, Musikschulen und Kultureinrichtungen sowie die Förderung internationaler Austauschprogramme stärken schulisch-außerschulische Kooperationen. Darüber hinaus sollen Jugendoffiziere der Bundeswehr einen praxisnahen Beitrag zur sicherheitspolitischen Bildung leisten.

Insgesamt bleibt das Wahlprogramm dennoch hinter den Potenzialen schulisch-außerschulischer Kooperationen zurück. Zwar werden MINT, kulturelle Bildung, Berufsorientierung und individuelle Förderung aufgegriffen, die Potenziale außerschulischer Bildungsakteure für die Förderung von Basiskompetenzen, Demokratiebildung sowie sozial-emotionalen und weiteren überfachlichen Kompetenzen werden jedoch nicht berücksichtigt. Zudem fehlt eine ressortübergreifende Gesamtstrategie mit klaren Zielen, Qualitätsstandards, Zuständigkeiten und Unterstützungsstrukturen für schulisch-außerschulische Kooperationen. Angesichts der Ergebnisse des IQB-Bildungstrends wäre insbesondere eine systematische Strategie zur stärkeren Nutzung außerschulischer MINT-Angebote erforderlich. Da der Ganzttag im Wahlprogramm keine Berücksichtigung findet, bleibt zudem ein zentraler Entwicklungsraum für die nachhaltige Einbindung außerschulischer Bildungsangebote und die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern ungenutzt. Auch Enrichment-Programme mit nachgewiesener Wirksamkeit, wie Schülerwettbewerbe und Akademien, werden nicht thematisiert und bleiben damit als Instrument der individuellen Förderung unberücksichtigt.

4. GESAMTEINORDNUNG AUS SICHT DES STIFTERVERBANDES

Lehrkräftebildung

Die Wahlprogramme in Mecklenburg-Vorpommern fokussieren stark auf die in der laufenden Legislaturperiode eingeleitete Reform der Lehrkräftebildung, insbesondere auf das neue Stufenlehramt, das von SPD und LINKE ausdrücklich unterstützt, von CDU und AfD jedoch ebenso deutlich abgelehnt wird. Während SPD und LINKE neben der Umsetzung des Lehrkräftebildungsgesetzes vor allem auf bessere Rahmenbedingungen und zusätzliches Personal setzen, wollen CDU und FDP mit dualen beziehungsweise stärker praxisorientierten Lehramtsstudiengängen andere Reformimpulse setzen. Auffällig ist, dass die meisten Parteien nur sehr begrenzt Ansätze zur Erschließung zusätzlicher Zielgruppen für den Beruf als Lehrkraft verfolgen; Themen wie Ein-Fach-Lehramt, HAW-Beteiligung oder systematisch ausgestaltete Quer- und Seiteneinstiegsmodelle spielen kaum eine Rolle. Vor allem die AfD betrachtet alternative Zugangswege überwiegend skeptisch. Die GRÜNEN konzentrieren sich zwar als einzige Partei auf die Verringerung von Studienabbrüchen, liefern aber kaum schlüssige Antworten hierzu. Insgesamt dominieren eine im Wesentlichen ideologisch geprägte Debatte über das Stufenlehramt sowie die Praxisnähe der Ausbildung. Weitergehende strukturelle Öffnungs- und Diversifizierungsstrategien bleiben hingegen unterentwickelt. Mit Ausnahme der GRÜNEN adressiert explizit den Schwund entlang der Lehrkräfteausbildung, was aus Sicht des Stifterverbandes vordringlich wäre.

Schulische und außerschulische Potenzialförderung

Schulisch-außerschulische Kooperationen spielen in allen Wahlprogrammen eine Rolle, werden jedoch unterschiedlich gewichtet. Gemeinsam ist den Parteien, dass sie Kooperationen vor allem als Instrument der Berufsorientierung und zur Einbindung außerschulischer Lernorte verstehen. CDU, FDP und SPD schaffen darüber hinaus wichtige strukturelle Voraussetzungen für deren Ausbau: Die CDU setzt auf Ganzttag, multiprofessionelle Teams und konkrete Kooperationsformate. Die SPD stärkt vor allem die strukturellen Rahmenbedingungen durch den Ausbau des Ganztags, eine langfristig planbare Finanzierung außerschulischer Angebote im Ganzttag, Kooperationen mit der Kinder- und Jugendhilfe, Bildungscampus-Modelle sowie multiprofessionelle Teams. Die FDP verbindet die Öffnung von Schulen für Unternehmen, Hochschulen und weitere Praxispartner mit größerer Schulautonomie, dem Abbau bürokratischer Hürden und dem Ziel, Zugangsbarrieren zu außerschulischen Bildungsangeboten abzubauen und so Bildungsgerechtigkeit zu stärken. Die GRÜNEN wollen insbesondere außerschulische Lernorte, Begabtenförderung und multiprofessionelle Teams fördern. DIE LINKE greift das Thema nur punktuell auf, während die AfD Kooperationen weitgehend auf MINT und Berufsorientierung beschränkt und bestehende Kooperationen in der Demokratiebildung zurückbauen möchte.

Trotz unterschiedlicher Schwerpunkte weisen alle Wahlprogramme zentrale Lücken auf. Keine Partei entwickelt eine ressortübergreifende Gesamtstrategie mit klaren Zielen, Qualitätsstandards, Zuständigkeiten und Unterstützungsstrukturen für schulisch-außerschulische Kooperationen. Ebenso fehlt eine systematische

Strategie, außerschulische Bildungsangebote als Antwort auf die Kompetenzrückgänge im IQB-Bildungstrend im MINT-Bereich zu nutzen. Darüber hinaus werden die Potenziale außerschulischer Bildungsakteure für die Förderung von Basiskompetenzen, sozial-emotionalen und weiteren überfachlichen Kompetenzen von allen Parteien nur unzureichend berücksichtigt. Schließlich greift keine Partei Enrichment-Programme mit nachgewiesener Wirksamkeit, wie Schülerwettbewerbe und Schülerakademien, als Instrumente der individuellen Förderung systematisch auf oder entwickelt Maßnahmen, um die Beteiligung von Schulen in Mecklenburg-Vorpommern nachhaltig zu erhöhen.

LITERATURVERZEICHNIS

Wahlprogramme:

SPD Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. (2026). Aufschwung, Zusammenhalt und Respekt. Entscheidung für MV. Regierungsprogramm 2026–2031.

Die Linke Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. (2026). Sozial. Gerecht. Antifaschistisch. Wahlprogramm zur Landtagswahl 2026. Stand: Juni 2026.

AfD Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. (2026). Bereit für die blaue Wende. AfD-Regierungsprogramm zur Landtagswahl 2026.

CDU Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. (2026). Besser. Nur mit uns. Wahlprogramm zur Landtagswahl 2026.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. (2026). Klare Kante Zukunft. Für Mensch und Natur in MV. Wahlprogramm zur Landtagswahl 2026. Stand: 16. Juli 2026.

FDP Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. (2026). Freiheit. Leistung. Erfolg. Programm zur Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2026.

Sekundäre Literatur und Quellen:

Sachse, K. A., Schipolowski, S., Mahler, N., Weirich, S., Henschel, S., Heinze, A., Lindmeier, A., Köller, O., & Stanat, P. (Hrsg.). (2025). *IQB-Bildungstrend 2024: Mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen am Ende der Sekundarstufe I im dritten Ländervergleich*. Waxmann. https://www.iqb.hu-berlin.de/media/documents/IQB_Bildungstrend2024_Berichtsband-6.pdf

Kultusministerkonferenz: Lehrkräfteeinstellungsbedarf und -angebot in der Bundesrepublik Deutschland 2023 – 2035. Zusammengefasste Modellrechnungen der Länder. Dokumentation Nr. 238. Dezember 2023. https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Statistik/Dokumentationen/Dok_238_Bericht_LEB_LEA_2023.pdf

Robert Bosch Stiftung (2025): *Deutsches Schulbarometer: Befragung Lehrkräfte. Ergebnisse zur aktuellen Lage an allgemein- und berufsbildenden Schulen*. Stuttgart: Robert Bosch Stiftung.

Impressum

Essen, 2026

Herausgeber

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.

Baedekerstraße 1 . 45128 Essen

T 0201 8401-0 . mail@stifterverband.de

www.stifterverband.org

Autorinnen und Autoren

Bettina Jorzik

Christina Siebert-Husmann

Elena Tibi

Martin Beyerle

Zitationshinweis

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Wahlprogrammanalyse Mecklenburg-Vorpommern. Essen, 2026.
